



Pressemitteilung

Pflegepolitischer Dialog am 22.11.2024 im Gesellschaftshaus Magdeburg

Angesicht der vielen Herausforderungen pflegerischer Versorgung, hat erstmals ein Bündnis aller Pflegeanbieter in Sachsen-Anhalt zu einem Pflegepolitischen Dialog in das Magdeburger Gesellschaftshaus eingeladen.

Fach- und Arbeitskräftemangel, schlechte wirtschaftliche Bedingungen, eine hohe Dynamisierung durch Gesetzesnovellierungen und bürokratiebedingte Auflagen führen zu einer zunehmenden Unsicherheit im Pflegesektor. Expertinnen und Experten der beteiligten Organisationen, Betreiber von Pflegeeinrichtungen aller Versorgungsformen, sowie Vertreter der Landesregierung und des Landtages besprachen einen konkreten Maßnahmenkatalog, um die Pflege im Land zukunftsfester zu machen.

Auf Landesebene lassen sich die schnelle Anerkennung weiterer Berufsabschlüsse für die Pflege regeln, um weitere Kräfte für die Versorgung zu gewinnen. Eine Aktualisierung des mehr als 20 Jahre alten Landespflegekonzeptes soll diese multiprofessionelle Daseinsfürsorge abbilden. Pflegesatzverhandlungen sind durch Pauschalierungen zu vereinfachen und praxisnäher zu gestalten, indem flexiblere Auslastung und wirtschaftliche Risiken berücksichtigt werden. Nach Abschluss neuer Vergütungen muss die Beantragung von Hilfe zur Pflege sowie die fristgemäße Auszahlung durch die Gebietskörperschaften beschleunigt werden. Zur finanziellen Entlastung aller pflegebedürftigen Menschen wäre eine landesseitige Beteiligung bspw. in Form eines Wohnkostenzuschusses denkbar.

Ziel ist, eine sichere pflegerische Versorgung im Land langfristig zu gewährleisten. Alle Teilnehmenden waren sich einig, anhand der Vorschläge zur Verbesserung beitragen zu können, indem in den jeweiligen Arbeitsfeldern gehandelt wird.

Bild: Pflegedialog Podium 22.11.2024 – bpa e.V.

(v.l.n.r) Stefan Bernschein Moderator, Nicole Anger MdL (Linke), Tobias Krull MdL (CDU), Sabine Kösling, bpa Landesvorsitzende, Marcel Kabel, stellv. Landesgeschäftsführer PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband, Susan Sziborra-Seidlitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Staatssekretär Wolfgang Beck